

**Prof. Rolf Wernstedt**  
**Niedersächsischer Kultusminister 1990- 1998**  
**Präsident des Niedersächsischen Landtages 1998- 2003**  
**Vorsitzender des Landverbandes Niedersachsen**  
**des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.**

## GEFLOHEN- VERTRIEBEN- ANGEKOMMEN?

Einführende Bemerkungen auf dem Kongress „Das Thema Flucht und Vertreibung im Geschichts- und Politikunterricht“ am 4./5. Februar 2016 in der Akademie des Sports in Hannover

Als vor etwa einem Jahr die Organisatoren begannen, diesen Kongress zu planen, hatten sie im Kopf, die deutsche Erfahrung mit Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg mit ein paar allgemeinen Fragen nach der Bedeutung historischer Kenntnisse für einen ertragreichen Geschichts- und Politikunterricht zu verbinden.

Dass im Laufe der folgenden Monate bis heute hin und absehbar darüber hinaus, die Frage nach Flucht und Vertreibung das beherrschende Thema der deutschen, europäischen und internationalen Politik würde, hatten wir nicht erwartet.

Inzwischen erleben wir eine überaus komplexe politische Problemlage, die didaktisch außerordentlich schwer zu bearbeiten ist.

Denn reale Komplexität darf auch nicht unzulässig vereinfacht werden. Schule darf auch nicht den Regeln medialer Aufmerksamkeitsindustrie unterworfen werden, wenngleich didaktische Einstiegsszenarien das gern tun.

Wenn Didaktik im Dienste von Aufklärung, Nüchternheit und Überzeugung steht, dann gibt es bei diesem Thema dazu reichlich Gelegenheit.

## Aufgerufen sind Probleme

- historischer und aktueller Fakten, die sich um die Fragen nach Ursachen und Erscheinungsformen von Flucht und Vertreibung drehen.
- der Erfahrungen und Verhaltensweise verschiedener europäischer Länder (einschließlich Russlands) zu Flüchtlingsfragen in ihrer Geschichte und Gegenwart. Zukunft der EU
- begrifflicher Klarheit und Sprechfähigkeit ( Asylrecht, Flüchtlingsstatus nach Genfer Flüchtlingskonvention, Umsiedlung oder Vertreibung nach Völkerrecht, Migration aus Armut oder Not, Integration der Nutznießer und Nutzer usw).
- des Staatsverständnisses und seiner politischen und administrativen Verpflichtungen wie Rechtssicherheit, Gewaltmonopol, Sicherung des Territoriums einschließlich der Grenzen
- Verhältnis des Staates, halbstaatlicher Einrichtungen wie Feuerwehr, THW, Hilfsorganisationen und Zivilgesellschaft.
- Verständnis der Grundrechte, der Freiheitsgarantie und der normativen Gebundenheit des Lebens, Gleichheit von Mann und Frau usw.
- des Verhältnisses von Staat und Religion z. B. Vorrecht der Grundrechte vor Religionsvorschriften.
- der Wirkung historischer, kultureller, patriarchalischer oder erzieherischer Traditionen sowohl bei den Kommenden als auch bei den Aufnehmende
- der Vergewisserung eigener Wertvorstellungen wie Toleranz, Humanität, Vorurteile, Rationalität usw.
- der Rolle neuer Medien, ihrer Chancen, ihres Missbrauchs, ihrer unkritischen Handhabung usw.

Es scheint nur so, als ob diese aktuellen Probleme mit den historischen Sachverhalten der deutschen Geschichte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts nichts zu tun hat.

Das ist ein Irrtum.

Im für diese Tagung erstellten Reader finden Sie z. B. ein Plakat aus dem badischen Lahr aus dem Ende der 40er Jahre, auf dem es heißt :“ Badens schrecklichster Schreck, der neue Flüchtlingstreck!!“ (S. 48)

Die aggressive Ablehnung war teilweise damals auch gegenüber den eigenen Landsleuten nicht geringer als manche aktuelle Hasstirade gegen Flüchtlinge.

Fremdenablehnung ist ein Dauerproblem und generationenübergreifend.

Unterstellungen z. B. gegenüber katholischen Schlesiern in evangelischen Gebieten Norddeutschlands sind vielfach überliefert.

Schuld und Verantwortung politischer Entscheidungen im Zusammenhang des nationalsozialistischen Deutschland gehört in jede rationale Diskussion über Kriege und Folgen, auch der Flüchtlingsfrage. ( z. B. mehr als 800.000 Schicksale bis heute unbekannt, d. h. Flüchtlingsgräber, die Kriegsgräber sind).

In der aktuellen aufgeregten Diskussion, die zwischen vorbehaltloser und manchmal naiver „Willkommenskultur“ einerseits und provokativer Rederei und Gewaltanschlägen andererseits changiert, gilt es, eine verantwortungsvolle Position sowohl inhaltlich als auch sprachlich zu finden.

Es darf nicht sein, dass aus „Sorge um den Vorwurf des Rassismus vielen auch heute die Toleranz gegenüber dem Vormodernen und Religiösen dringlicher als die Verteidigung des säkularen Staates und seiner Errungenschaften wie Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit“ erscheint, wie DIE ZEIT in der letzten Woche schrieb (21.1. 2016 S. 1).

Es ist im Sinne der Aufrechterhaltung unserer Humanitätsverpflichtungen, die realen Probleme wachsender Flüchtlingszahlen verschiedenster Art zu identifizieren, abzuwägen und vertretbare Lösungen und Perspektiven zu debattieren und zu beurteilen.

Denn das Problem wird uns in den nächsten Jahrzehnten nicht verlassen.

Wir diskutieren einen dynamischen Sachverhalt, zu dem in etwas anderem Zusammenhang vor 35 Jahren der ehemalige Hannoversche

Oberstadtdirektor und nachmalige NDR- Intendant Martin Neuffer überraschend aktuell prognostiziert hat:

„Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute nur zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen“.

Es ist „an sich ein trauriger Gedanke, dass wir nicht alle aufnehmen können, die bei uns leben wollen. Die Türken haben ebenso wie die Griechen und Italiener und alle anderen schon jetzt Einfluss auf unsere Lebensweise und Kultur ausgeübt, den viele nicht mehr missen möchten.“

(DER SPIEGEL 16/1982 S. 37-47)

Er plädiert präventiv für eine grundsätzlich andere Politik und weist darauf hin, dass die aufgeworfenen Probleme der Wanderungen und möglichen Integration historisch lange Zeiträume in Anspruch nehmen, d.h. die ganze Lebenszeit auch all Ihrer Schülerinnen und Schüler.

Man kann aus den historischen und politischen Angeboten dieser Tagung dazu viel mitnehmen.

Wir, die Veranstalter, d. h.  
das Niedersächsische Kultusministerium,  
das NLQ,  
die DVpB,  
der niedersächsische Geschichtslehrerverband,  
das Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz- Universität Hannover  
und  
der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

haben uns dafür sehr viel Mühe gegeben und danken allen Mitwirkenden.

Den Reader der Tagung hat Frau Kerstin Wohne vom Friedrich- Verlag kompetent betreut und verantwortet.